

Sachsen

Die Fußballspieler und das Bezirksfest

Eine Veranstaltung sagt in diesem Jahre die andere. Ganz besonders die Fußballspieler sind sehr in Anspruch genommen. Kaum sind zwei große Spiele vorüber, so steht das Bezirksfest des 2. Bezirkes vor der Tür. Auch bei diesem Fest dürfen die Fußballspieler nichts ableisten stehen, sondern müssen bemüht sein, das Fest zu einem Massenauftakt der Dresdner Arbeiter-sportler zu machen. Damit auch die Fußballer Freude an ihrer Teilnahme finden, sind zwei Spiele angelegt worden. Am Fest-sonnabend spielt die Köhlschneiderei Eiß gegen Kaddeul und am Festsonntag werden sich Hermannia und Neustadt gegenüberstehen.

Aber nicht nur der beiden Fußballspiele wegen sollen die Fußballspieler das Bezirksfest besuchen, sondern die Vereine sollen geschlossen in Sportkleidung den Festzug mitmachen. Gerade die verschiedenfarbige Sportkleidung der Fußballspieler ist geeignet, den Eindruck des Festzuges auf die Einwohnerlichkeit ungemein günstig zu beeinflussen. Jeder Verein möchte sich moralisch verpflichtet fühlen, wenigstens eine Mannschaft zur Teilnahme am Festzug zu verpflichten.



Bezirks-Turn- u. Sportfest
am 4. Juni in Köhlschneiderei

Aber auch alle anderen müssen den Weg nach Köhlschneiderei finden, damit das Bezirksfest in einer Verbrennungsfestung werde, die uns auch zugleich ein Bild über die gegenwärtige Größe des 2. Bezirkes und das vorhandene Interesse der Mitglieder bringen kann.

Forum — auch die Fußballspieler, auf nach Köhlschneiderei!

Justiz-Terror

Die Justiz unter dem Koalitionsminister Fungler erlaubt sich, gegen die Arbeiter in einer Weise vorzugehen, die jeder Beschreibung spottet. Justiz und Polizei, deren ganze Tätigkeit seit dem Oktober 1923 nur darin besteht, Arbeiter, die im Verdachte stehen, etwas kommunistisch angehaucht zu sein, werden in der rücksichtslosesten und brutalsten Weise aus ihrem Arbeitsverhältnis herausgerissen und in die Gefängnisse geworfen. Die Unfähigkeit der Polizei ist die Ursache, dass unschuldige Arbeiter Wochen und Monate lang eingesperrt werden und noch froh sein müssen, wenn sie überhaupt wieder herauskommen. Grimma, im Bezirk Westhausen, war auf diesem Gebiete schon immer berüchtigt, die Verhaftung scheint dort überhaupt nicht bekannt zu sein. Jetzt wird ein Akt gegen die dortige kommunistische Ortsgruppe unternommen, es scheint nach den bisherigen Maßnahmen die Absicht zu bestehen, einen nach dem anderen in das Gefängnis hereinzuführen. Jede Woche wurde unter anderen der Genosse Kießling, der seit langem schwer krank ist und gerade wenige Tage vorher Amputation erhalten hätte, verhaftet und in das Gefängnis geworfen. Der Ruf des Dr. Thiele im Hofe-Strandal scheint die Grimmaer Justiz nicht ruhen zu lassen, sie haben andernorts die Absicht, einen ähnlichen Fall in Grimma als Zeichen ihres Kampfes gegen die Arbeiterklasse zu erstehen. Die kommunistische Ortsgruppe stellt folgende Anfrage:

Anfrage

In Grimma werden seit Mitte April wahllos Verhaftungen von Arbeitern vorgenommen. Der Arbeiter Schulte wurde am 27. April verhaftet, später nach Leipzig nach der Elisebethstraße überführt und weiß heute noch nicht, weshalb er verhaftet worden ist. Am 4. Juni wurde der Arbeiter Kießling verhaftet und im Amtsgerichtsgelände Grimma untergebracht. Kießling ist seit vier Wochen krank, hat eine schwere Grippe durchgemacht und leidet außerdem an Gürtelrose. Sein Zustand war im Laufe der vorhergehenden drei Wochen ein solcher, daß er jeden Tag vom Arzt besucht werden mußte, erst die letzten Tage beherrschte sich kein Zustand, darauf er Mangel an Schlaf bekam. Bei dieser Krankheit war Kießling nur vier Wochen erwerbsfähig gesund, während er die ganze vorhergehende Zeit wegen schwerer Augenkrankheit bei Dr. Kind in Grimma in Behandlung war. Nach Aussage des Arztes ist der Gesundheitszustand Kießlings ein solcher, daß die schwersten Komplikationen während seiner Inhaftierung zu befürchten sind. Es hat den Anschein, als ob die verantwortliche Stelle in Grimma einen Hofe-Strandal provozieren wolle.

Neben dieser unverantwortlichen Handlungsweise lehnt der Amtsrichter in Grimma es ab, die Frau Kießling im Gefängnis vorzulassen. Weiter verweigert der Amtsrichter Kießling die Zeitungen auszubringen, die für ihn abgeliefert werden. Es wird den Inhaftierten nur Essen und Raucherwaren zugestellt. So wie im Hofe-Strandal wird den ungeschulten Mitteilungen nach in allen Fällen von Unterleuchungsbeamten in Grimma verfahren.

Wir fragen die Regierung: Handelt der Amtsrichter und die Kriminalpolizei von Grimma in ihrem Auftrage und bestet die Regierung die Handlungsweise dieser beiden Stellen, die den Tod des Arbeiters Kießling nach sich ziehen können?

Was bedeutet die Regierung zu tun, um Kießling und seine Familie für den an seiner Gesundheit entstandenen Schaden zu entschädigen?

Was bedeutet sie zu tun, um derartige Willkürakte der Gerichtsstellen gegen die Arbeiter unmöglich zu machen und den Untersuchungsgefangenen ihre verfassungsmäßigen Rechte (Vieferung von Literatur und sonstigen Besuch ihrer Angehörigen im Gefängnis, sowie Ablieferung der für die Gefangenen abgegebenen Gegenstände) sicher zu stellen?

Dresden, den 9. Juni 1925.

Kennet und Genossen.

Thum i. C. (Arbeitertag) Beim Klöberfahren geriet ein 60 Jahre alter Handarbeiter aus Gengenau unter den 50 Zentner schweren beladenen Wagen und wurde so unglücklich überfahren, daß er im Thumer Krankenhaus den erlittenen schweren Verletzungen erlag.

Gener. (Unglücksfall ober Nord?) Dienstag früh wurde im Ortsteil Ober-Gener in der Thumer Straße ein ca. 70jähriger Mann mit einer blutenden Kopfverletzung tot aufgefunden. Die Verion konnte noch nicht ermittelt werden. Ob Nord oder Unglücksfall vorliegt, muß erst die Untersuchung ergeben.

Der Landtag gegen die Dorffelder Opfer

— für Geschenke an das Großkapital

Landtagsbericht vom 9. Juni

Nach der Eröffnung der Sitzung erhält das Wort zur Vorlage über die Bereitstellung von Mitteln zur Erhaltung von Wohnungen für staatliche Beamte, Angestellte und Arbeiter der Abg. Feilisch, der für die Vorlage eintritt. Er glaubt, daß dadurch eine wesentliche Behebung der Wohnungsnot möglich sei. Der deutschnationale Börner erklärt sich ebenfalls mit der Vorlage einverstanden. Der König von Sachsen, Blücher ergreift letztendlich auch das Wort, aber er begrüßt die Vorlage nur „mit geteilten Gefühlen“. Er erklärt, daß der sächsische Staat bisher nichts für die Beamtenwohnungen getan hat, sondern daß es bisher den Gemeinden überlassen blieb. Er greift die hohen Zinssätze der Vorlage an und erklärt, der Staat solle nur eine Baugenossenschaft gründen, das würde die Gemeinden weniger belasten. Er beantragt Ueberweisung an den Ausschuss.

Genosse Schmidt: Durch die Vorlage kann die Wohnungsnot nicht behoben werden. Wir sind einverstanden mit der Ueberweisung der Mittel an die Gemeinden, aber die Zinssätze sind so hoch, daß die kleineren Beamten gar nicht diese Summen aufbringen können. Wir wünschen, daß diese Summen zinslos überlassen werden; die Art der Auswertung der Summen z. B. für einen höheren Beamten von 67 000 Mark und für vier niedere Beamte zusammen 52 000 Mark zeigen nichts von der Verwirklichung der Erklärung, die der „Genossenschaft“ tragen zu wollen. Man hat den Kriegern versprochen, daß sie für ihre Familien ein Haus bekommen, kein Wort ist davon gehalten worden. Dafür gibt es Leute, die eine Villa auf dem Lande und in der Stadt eine große Wohnung inne haben, die sie für ihre besonderen Zwecke vermieten sollen. Die Kapitalisten geben ihr Geld lieber für andere Zwecke als für Wohnungsbau, weil da größere Profite herauszuholen sind. Der Schubertweg, der in Deutschland totalitär ist, hängt im wesentlichen mit den inräthbaren, gesundheitsgefährlichen Wohnungsverhältnissen zusammen. Vagantüberfälle und Steigerung der Geschlechtskrankheiten sind die Folgen dieser Politik. Der Staat hätte die Möglichkeit, auf seinem Grund und Boden Wohnungen zu bauen, allerdings sind die Kosten durch gemeine Spekulationen außerordentlich gestiegen. Jetzt sind z. B. doppelt so hoch als vor drei Monaten und das nur durch bewusste Juristerei durch die Unternehmer. Die Arbeiter und unteren Beamten haben einfach nicht die Möglichkeit, diese Wohnungen zu bezahlen. Die Gehälter und Löhne der Beamten und Arbeiter müßten erhöht werden. Aber wir müssen auch fordern, daß die großen Wohnungen rücksichtslos beschlagnahmt werden müssen. In Rußland, wo immer auch vor dem Kriege Wohnungsnot herrschte, ist man rücksichtslos vorgegangen und hat für die Arbeiter und Beamtenbevölkerung vor allem für die Kinder die großen Villen und Paläste der Adligen beschlagnahmt. (Die Ausführungen werden von wütenden Juroren der Deutschnationalen und Volkspartei unterbrochen, die natürlich keine Lust haben, ihre großen Wohnungen von den Arbeitern wegzunehmen zu bekommen.) Der deutschnationale Börner reißt nach eine Attacke gegen Genossen Schmidt, er macht der SPD den Vorwurf, für die großen Wohnungen der Ausländer eingetreten zu sein und erklärt, daß nur die freie Wirtschaft die Behebung der Wohnungsnot ermöglichen würde.

Genosse Vieberach überbringt treffend die fälschlichen Hauptthesen Börners. Er erklärt, daß die Kommunisten natürlich eine unterrichtliche Behandlung der Ausländer ihrer Rolle wegen ablehnen, die Judenheute verurteilen, aber während die Deutschnationalen auf die Dörffelder schimpfen, haben sie nichts gegen die prächtigen Wohnungen von 200 000 russischen Kontingentsrevolutionären in Berlin. (Stürmische Zurufe bei den Deutschnationalen, da Kautz gegen Genossen Vieberach frech wird, erhält er einen Ordnungsruf!) Die Kommunisten haben stets die Beschlagnahme der großen Wohnungen gefordert und was die kommunistische Wohnungspolitik anbelangt, ist von objektiven bürgerlichen Sozialisten anerkannt worden, daß die Behauptung der Wohnungsnot in Rußland nordwärts ist. Die Wohnungsfrage wird von uns so gelöst werden, daß die Arbeiter, Angestellten und Beamten voll zu ihrem Rechte kommen. (Jenen (zu der Rechten) wird es dabei weniger wohl sein.) (Bravo bei den Kommunisten!)

Der nächste Punkt enthält die erste Beratung über die Vorlage 181 betr. Errichtung einer sächsischen Pfandbriefanstalt für Industrie und Handel. Dazu erklärt für die kommunistische Fraktion Genosse Böttcher:

Genosse Böttcher: „Ein unglücklicher Stern“ steht über der Beratung zur sächsischen Pfandbriefanstalt. Die sächsische Anstalt wird in dem Augenblicke gegründet, da die preussische Pfandbriefanstalt disloziert bis auf die Knochen aus dem parlamentarischen Untersuchungsausschuss herangeholt, was das Vertrauen zu denartigen Institutionen durch die unachtereuten Korruptionsfakten stark erschüttert ist. Der Zusammenbruch des Stinneskomens beweist, daß die Stabilisierung der Währung noch lange nicht Stabilisierung der Wirtschaft bedeutet. Derleihe Stimmen, der in den Jahren 1922/23 im Staat regieren konnte, der von der SPD als Gott am Wirtschafts-himmel angesehen wurde, ist heute gesunken, nachdem er das Geld des Reiches benützt hat, um keine ausländische Unterstützung zu finanzieren, wieder das Geld der Reichsbank zu nehmen um seinen Zusammenbruch zu verhindern. Und schmachlich ist es, daß die Reichsbank diesem Paraskiten unter die Arme

greift, man spricht von 70 Millionen, und ihn vor dem Untergange rettet. Diese Institutionen werden nicht etwa dazu benützt, um den kleinen Unternehmern und Handwerkern, die wirklich kreditbedürftig sind, zu helfen, sondern um den Großkapitalisten Staatsgelder in den Rücken zu werfen. Es wäre tröstlicher, wenn die Beschlagnahme für diese Pfandbriefanstalt lauten würde „Landesprotektionsanstalt für Geschenke an Industrie und Handel“. Wertwürdig ist nur, daß derlei der Staat für besten Werke vor einem Vierteljahr keine Trekkens der Herr Finanzminister einen 15-Millionen-Rump aufnehmen mußte, mit einem Male Geld für Kredite, an die Privatindustrie hat die Rolle der preussischen Pfandbriefanstalt hat uns die Augen geöffnet über die gemeine Protektionskorruption, die den Herren von Jünemann und Carlomag bis zu ihrer demnach erfolgten Stelle ermöglichte ihre Kartellen zu finanzieren. Mit kapitalistischen Methoden wird die deutsche Wirtschaft nicht gerettet. Die Unfähigkeit des deutschen Kapitals, daß sich ohne das ausländische gar nicht aufrecht erhalten kann, zeigt sich in dieser Tauerkrise. Natürlich sind wir nicht gegen Gewährung von Krediten zur Wiedereröffnung stillgelegter Betriebe, aber wir verlangen, daß die Kredite unter Aufsicht der Arbeiter und Angestellten vergeben werden sollen. Der einzige wirkliche Ausweg bleibt aber die Aufhebung des Pfandbriefens an den Produktionsmitteln durch die von der herrschenden Arbeiterklasse geleistete sozialistische Pfandbriefanstalt. (Lebhaftes Bravo bei den Kommunisten.)

Wedel lehnt für die Linken ebenfalls die Vorlage ab. Wirtschaftsminister Müller verteidigt die Regierung gegen die Angriffe des Abg. Wedel, und sagt, daß man von bestimmten Kreisen bei dieser Frage eben kein Verständnis fände. Die Vorlage wird dem Ausschuss überwiesen. Zur Vorlage 155 betr. Uebernahme einer Staatsbürgerschaft zu einer Obligationenanstalt der Leipziger Werke spricht Abg. Börner. Er verteidigt die Vorlage und ersucht um sofortige Schlussberatung der Vorlage.

Genosse Vieberach verpflichtet die Ausführungen des Abg. Börner. „Was hat die Arbeiterklasse von der Leipziger Werke? Nicht als eine Erhöhung der Preise, Zunahme der Geschlechtskrankheiten und des Alkoholverbrauchs (mit dem Geheiß der Deutschnationalen). Bundermal heller wäre es, aus dem kostbaren Baumaterial zum Hocherbaue, Wohnungen zu bauen. Die Bedeutung der Werke ist längst vorbei. Das hat der Bericht der letzten Jahre bewiesen. Nur die völlige Kapitallosigkeit liegt in den Händen der wenigen Kapitalisten, die sich an dem Werke halten. Das Geld sollte lieber für die Leipziger Werke angelegt werden, die sich in einem geradezu khineematischen Aufwande befinden. Die Kommunisten lehnen dieses Vorhaben ab, denn es liegt nicht im Interesse der Arbeiterklasse. (Bravo bei den Kommunisten!)

Abg. Köllig kehrt sich lebhaft in einer Zündendruck erregenden Rede für die Aufnahme ein. Auf weitere Anträge keine weiteren Demokraten antwortet Genosse Vieberach treffend. Wer als Vertreter der Arbeiter hier Stellung nimmt, wird seinen solchen sozialpatriotischen kapitalistischen Interessen treuen wirksam können. Die Arbeiter haben kein Interesse an diesen banalen Unternehmungen. Die deutschen Kommunisten werden ihnen (zu Köllig) nicht den Gefallen tun, nach Rußland zu sehen, sondern das in Deutschland durchzuführen, was für die Arbeiter und Bauern in Rußland unter der Proletarierdiktatur gutes und förderndes geschaffen worden ist. (Bravo bei den Komm.) Die Leipziger Besetzung hat keine Vorteile davon, wenn man hier behauptet, man würde durch die Werke Wohnungen vermieten können, so scheint man nicht zu wissen, daß in Leipzig 22 000 Wohnungen fehlen. (Sehr richtig! In!) Diese planlose Profitwirtschaft kann nichts für die Arbeiter tun, sie muß verschwinden und der planmäßige sozialistische Pfandbrief Weg machen. (Bravo bei den Komm.)

Gegen die Stimmen der Kommunisten wird in die Schlussberatung eingetreten.

Die Vorlage wird gegen die Stimmen der Kommunisten und linken Sozialdemokraten angenommen.

Als nächster Punkt folgt die 2. Beratung über den Entwurf eines Kinderzuschusses. Nach den Ausführungen des Abg. prozedieren Sachverständiger wird die Vorlage angenommen.

Zu Punkt 5. Unterbringung der Verunglückten auf der Höhe „Dorffeld“ spricht Genosse Vieberach.

Während man in den deutschen Parlamenten bei solchen Unglücksfällen Trauerkundgebungen veranstaltet, hat die kommunistische Fraktion stets die praktische Hilfeleistung und Unterstützung der Hinterbliebenen und Verunglückten verlangt. Und zwar, weil die Renten für diese Opfer der kapitalistischen Profitwirtschaft viel zu gering sind. Uns kommt es darauf an, daß man eine genügende Unterstützung gewährt und alles verliert, um künftig solche Unglücksfälle zu vermeiden, denn es ist fahrlässig worden, daß tatsächlich nur grobe Vernachlässigung der Sicherheitsmaßnahmen an den Reimons die Ursache der dieser Katastrophe war. Wir erwarten von diesem Hause nicht, daß man unserem Antrage zustimmt und dadurch den Witten zur Unterstützung der Opfer bereitet, sondern man wird den Antrag ablehnen oder den Ausschüssen überweisen. Wir beantragen aber gerade die sofortige Verabschiedung unseres Antrages.

Der Antrag für die Unterbringung der Dorffelder Opfer wird von der Einheitsfront von Feuster-Beithe abgelehnt. (Wut bei den Kommunisten.)

Die anderen Anträge werden sämtlich dem Haushaltsausschuss überwiesen.

Erweiterte Arbeitsgebieteleiterkonferenz des UB. 6! Am Sonnabend, den 13. Juni, findet in Kaddeberg im Reichszugold, Fahnhoftstraße, eine erweiterte UB-Leiterkonferenz statt. Die Termine heißen: 6.30 Uhr und wird Sonntag 9 Uhr vorm. fortgesetzt. Jedes UB. entsendet außer Vol. und Orchester 1 Delegierten. Sonnabend, 1. Stand der Organisation, 2. Bericht der UB. Sonntag: 1. Referat: Politische Lage und Aufgaben der Partei (besonders in Sachsen), 2. Diskussion, 3. Vorkläufe zum Reichsparteitag. Die Delegierten fahren 1. Dresden-Hauptbahnhof 4.58 Uhr, 2. Dresden-Wettinerstr. 5.05 Uhr, 3. Dresden-Neustadt 5.08 Uhr. **UB. 6.**

Proletarische Freidenker Strieken. Am Mittwoch den 10. Juni findet im Volkshaus-Café eine Mitglieder-versammlung statt. Referent: Bernhard Wente. Alle Freidenker müssen erscheinen!

Gemeinschaft proletarischer Freidenker Vauhegast-Tollwih. Freitag, den 12. Juni, abends 8 Uhr, im Restaurant Mora, Vauhegast, Reudener Str., Mitgliederversammlung. Da wichtige Punkte zur Tagesordnung stehen, ist das Erscheinen aller Genossen Pflicht, auch ohne persönliche Einladung.

Freidenker Pirna. Es wird allen Genossinnen und Genossen zur Pflicht gemacht, sich am Freitag zum Reichsarbeiter-Sporttag zu beteiligen. Stellen 1 Uhr an der Anbahnschule, Nicolaistrafé.

Wichtig! Metallarbeiter! Donnerstag, den 11. Juni, abends 8.30 Uhr im Volkshaus, Rikendbergstraße, außerordentliche Generalversammlung. Aufstellung der Kandidaten zum Generalkongress. Oppositionelle Vertrauensleute, ersicht selblos!

Wichtig! Genossen von Groß-Dresden. Am Sonntag, den 14. Juni, veranstaltet die Zellengruppe 2 Zentrum im Friedrichsbad, Dresden-Neustadt, eine Sommerveranstaltung, bestehend in Konzert, Kinderbelustigung u. a. m. Ein Eintrittsgeld wird nicht erhoben. Programm 10 Pf. Wir er-

warten von sämtlichen Zellengruppen eine rege Beteiligung. Anfangs nachmittags 2 Uhr. Reinertrag für die rote Hilfe!

Turnerschaft Strieken. Zum Bezirksfest Sonntag den 14. Juni treffen sich die Vereinsangehörigen der 1. Abteilung früh 6.15 Uhr Vorkampplatz; der 2. Abteilung 6.45 Uhr Rikendbergplatz. Abfahrt 8 Uhr mit der Straßenbahn bis Köhlschneiderei. Beteiligung aller Genossen und Genossinnen ist Pflicht.

Fußballspieler. Das Bezirksfest in Köhlschneiderei nah und Grund dessen wird nochmals an euch appelliert, für eine reifliche Beteiligung in dieser wichtigsten Kundgebung der freien Turn- und Sportliche Rechnung zu tragen. Gerade wir, als Fußballer müssen alles aufbieten, um auch unseren guten Kollegen innerhalb des 2. Bezirkes genossen würdig zu vertreten. Standquartier und Umkleelokal ist der „Goldene Anker“ in Köhlschneiderei. Kleidung: Kurze Hosen, T-Shirts und Laufschuhe. Stellen zum Festzug ist punkt 12.30 Uhr am „Anker“. Den Vereins- bzw. Abteilungsvereinsvorsitzenden wird nochmals die Pflicht gemacht, für reifliche Beteiligung ihrer Mitglieder Sorge zu tragen.

Rundum!

Mitteldeutscher Sender Dresden Verlag
Leipzig (Welle 454) — Dresden: (Welle 202)

Donnerstag, 11. Juni:

7-7.30 Uhr abends: Vortrag (von Dresden aus): Priv.-Doz. Dr. Strud von der Technischen Hochschule in Dresden: „Die nordischen Rasse“. 7.30-8 Uhr abends: 3. Vortrag (von Leipzig aus) im Julius-Angewandte Biologie von Prof. Dr. Otto Klemm von der Universität Leipzig: „Taxonomie und Nordismus“. 8.15 Uhr abends: Dresdner Programm für beide Wellen: Nordischer Abend. Mitwirkende: Aie Björnstad (Gelang), Frank Oswald vom Dresdner Schauspielhaus (Rezitationen) und das Dresdner Streichquartett. Am Freitag: Theodor Bumer. Abschließend (etwa 9.45 Uhr) Veeserbericht und Hadebeis Sportfunktion und Bekanntgabe der größten Gewinne der Sächsischen Landeslotterie.